

## Turn the spotlight

### Die Aufgaben der Bildungsgewerkschaft in der Einwanderungsgesellschaft – 10 Thesen

#### 1. **Das Einwanderungsland Deutschland ist noch immer keine Normalität**

Nach 50 Jahren auch vertraglich geregelter Einwanderungspolitik leugnen nur noch Parteien und Gruppen am äußersten rechten Rand die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Zugleich reicht die Ablehnung der praktischen Konsequenzen dieser Entwicklung bis tief in die Mitte der Gesellschaft und bis ins politisch linke Spektrum.

Bei der Suche nach Verursachern von gesellschaftlichen Problemen ist der Scheinwerfer allzu oft einseitig auf „die Ausländer“, „die Migranten“ und seit 9./11. „die Muslime“ gerichtet.

#### 2. **Gegen Ausgrenzung und Diskriminierung**

Eine Bildungsgesellschaft hat die Aufgabe, diesem Zerrbild entgegenzuwirken und über tatsächlich bestehende Machtverhältnisse, soziale Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken aufzuklären. Im Fokus stehen hierbei sowohl strukturelle Ungleichbehandlungen, wie sie sich auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und bei den Schulabschlüssen, aber auch an den alltäglichen Diskriminierungen gegen Minderheiten zeigen. Deshalb sollte die Gewerkschaft auch dem Berliner LDV Beschluss aus dem Jahre 2010 folgen und die Verwendung des Begriffs „Deutschenfeindlichkeit“ ablehnen, der von Rechtspopulisten als Kampfbegriff erfunden wurde.

#### 3. **Gegen antimuslimischen Rassismus**

So wie der Begriff „Kultur“ oft den Begriff „Rasse“ in ähnlicher Funktion ersetzt hat, ist der Begriff „Ausländer“ in den letzten Jahren häufig durch „Muslime“ als Feindbild ersetzt worden. Der antimuslimische Rassismus kommt oftmals im aufklärerischen, proamerikanischen oder philosemitischen Gewand daher. Aufgabe der Bildungsgewerkschaft ist es, hierüber aufzuklären, sich eindeutig gegen diesen Rassismus zu positionieren und dieser gefährlichen gesellschaftlichen Tendenz entgegenzuwirken. Hierbei verteidigt die Gewerkschaft die doppelte Religionsfreiheit.

#### 4. **Für eine inklusive Pädagogik**

Die Gewerkschaft unterstützt die Weiterentwicklung von integrativen zu inklusiven Schulen, in denen jegliche Segregation überwunden und das gemeinsame Lernen zu einer Selbstverständlichkeit wird. Dieses Vorhaben kann ebenso wie andere Reformen nur erfolgreich sein, wenn sie nicht unter dem Diktat der Kostenneutralität, oft sogar in Wirklichkeit eines Sparmodells steht. Die OECD hat in ihrem Bildungsbericht 2011 festgestellt, Deutschland sei eines der wenigen Länder, wo der Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt sinkt. Lag er 1995 noch bei 5,1 Prozent, ist er 2008 auf 4,9 Prozent gefallen. Nur sechs von 36 ausgewerteten Ländern sind schlechter. Angesichts dessen ist die Forderung nach ausreichenden Ressourcen für diese Reformvorhaben umso dringlicher.

5. **KMK-Beschluss in die Praxis umsetzen**

Vor 15 Jahren dokumentierte der KMK-Beschluss zur „interkulturellen Bildung und Erziehung“ ein erstes Umdenken von staatlicher Seite, rekurrierte dieser Beschluss doch auf einen Perspektivenwechsel und forderte z.B. die Berücksichtigung interkultureller Aspekte im Fachunterricht. Eine Bildungsgewerkschaft muss auf den Widerspruch zwischen offiziellen Beschlüssen und der Alltagspraxis in den Bildungseinrichtungen hinweisen.

6. **Mehr Ressourcen für das Deutschlernen – Für das Recht auf Muttersprache**

Zu Recht wird häufig auf die herausragende Bedeutung des Sprachenlernens hingewiesen. Eine Bildungsgewerkschaft muss ausreichende Ressourcen für das Erlernen der deutschen Sprache einfordern. (Gegenwärtig werden die Gelder für Deutschsprachkurse gekürzt und die Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen für diese Aufgabe ist noch immer unzureichend.)

Schon 1983 wurde im Memorandum zum Muttersprachlichen Unterricht der Sprache als Muttersprache eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung und Stabilisierung der individuellen Identität des Kindes beigemessen. Diesen für die emotionale und kognitive Entwicklung aller Kinder als wichtig erkannten Funktion von Sprache als Muttersprache wird nach wie vor im deutschen Bildungssystem meistens nur für Kinder, deren Erstsprache Deutsch ist, Rechnung getragen. Eine Bildungsgewerkschaft sollte darauf verweisen, dass die Mehrsprachigkeit in modernen Gesellschaften der Normalfall ist und für eine Wertschätzung aller Muttersprachen und das Menschenrecht auf Muttersprache für alle Kinder eintreten.

7. **Mehr MigrantInnen in das pädagogische Personal und die Leitungsgremien**

Schon in weniger als 15 Jahren wird die Mehrheit der in vielen Ballungsgebieten Deutschlands eingeschulten Kinder einen „Migrationshintergrund“ haben. Eine Bildungsgewerkschaft muss fordern, dass die personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen endlich dieser Entwicklung Rechnung trägt. Dies beinhaltet auch, dass die Leitungspositionen nicht länger fast ausschließlich mit Vertretern der Mehrheitsgesellschaft besetzt bleiben dürfen. Dies gilt im Übrigen auch für die Gewerkschaft.

8. **Stärkung der Partizipation und Öffnung in den Stadtteil**

Die Bildungsgewerkschaft sollte eng mit Eltern- und Migrantenvereinen zusammenarbeiten und die Öffnung der Bildungseinrichtungen in den Stadtteil unterstützen. Ziel ist eine gleichberechtigte Partizipation der Minderheiten.

9. **Für ein dynamisches Kulturverständnis**

In der Bildungsgewerkschaft sollte eine breite Diskussion über das Verständnis von Kultur geführt werden. Auch gewerkschaftliche Diskussionen sind häufig noch vom Kulturverständnis der 1980er Jahre in Deutschland geprägt. Dieses Verständnis ist häufig reduktionistisch und statisch und kommt der Gleichsetzung von Kultur und Natur nahe. Die komplexe und hybride Realität der urbanen Gesellschaft im 21. Jahrhundert erfordert ein dynamisches und prozesshaftes Kulturverständnis, das die soziale Ungleichheit und

die gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Blick hat und kulturelle Praktiken eingebettet in spezifische und sozialstrukturierte Zusammenhänge betrachtet.

**10. Eine spezifische Interessenvertretung ist weiterhin notwendig**

Der LAMA und BAMA ist als spezifische Interessenvertretung in der Gewerkschaft weiterhin nötig. Diese abuschaffen und deren Anliegen zu einer Querschnittsaufgabe für alle Bereiche zu machen, ist zwar abstrakt richtig. Die Praxis zeigt aber, dass dann Interessen von Minderheiten allzu schnell übersehen und übergangen werden. Ausdruck der innergewerkschaftlichen Diskussion über den Begriff und das Verständnis von Kultur sollte dann auch eine Namensänderung sein.